Stand: 13.12.2025 04:59:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11593

"Stärkung der bäuerlichen Strukturen in der Milchviehhaltung - Märkte gestalten statt Krisen verwalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11593 vom 31.05.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11699 vom 01.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.05.2016 **Drucksache** 17/**11593**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Stärkung der bäuerlichen Strukturen in der Milchviehhaltung – Märkte gestalten statt Krisen verwalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich besorgt über den eklatanten und anhaltenden Preisverfall am Milchmarkt, der auch ein Resultat der Abschaffung der Milchquote und der Liberalisierung des Milchmarkts ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene nachhaltig für ein Kriseninstrument einzusetzen, welches im Falle des Versagens des Milchmarkts das Angebot der tatsächlichen Nachfrage anpasst.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Rahmen eines Berichts die durch den Lebensmitteleinzelhandel vorgeschlagene Milchabgabe (Milchsteuer) zu bewerten.

Begründung:

Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern ist von der Land und Forstwirtschaft abhängig. Die bäuerlichen Familienbetriebe sind der Motor des ländlichen Raums und sichern die notwendige Wertschöpfung vor Ort. Die wochenlange Demonstration der Milchbäuerinnen und Milchbauern in Neustadt an der Aisch zeigt, wie dramatisch die Lage in den Betrieben ist.

Grundsätzlich wird der Milchgipfel der Bundesregierung zwar begrüßt, jedoch ist der ausgewählte Kreis der Teilnehmer eine willkürliche und unsachgemäße Selektion der bäuerlichen Landwirtschaft. Weder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft noch der zur Lösung maßgebliche Bundesverband deutscher Milchviehhalter sind bei der Beratung zur Bewältigung der Krise mit am Tisch des Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU). Auch die Länderagrarminister, welche im Gegensatz zu Bundesminister Christian Schmidt ebenfalls ein Kriseninstrument zur vorübergehenden Reduzierung der Milchmenge gegen einen Ausgleich fordern, wurden nicht eingeladen. Diese Ignoranz spricht Bände!

In diesen schwierigen Zeiten brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern mehr als Liquiditätsprogramme zur Bekämpfung der Symptome. Nur innovative europaweite Instrumente können diese Krise nachhaltig beenden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.06.2016 **Drucksache** 17/**11699**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**11593**

Stärkung der bäuerlichen Strukturen in der Milchviehhaltung – Märkte gestalten statt Krisen verwalten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Gisela Sengl
Abg. Martin Schöffel
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Horst Arnold
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Hubert Aiwanger
Staatsminister Helmut Brunner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klasse statt Masse - nur nachhaltige Maßnahmen helfen gegen die Milchpreiskrise (Drs. 17/11587)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Landwirtschaft wirkungsvoll unterstützen - Milchkrise bewältigen"
(Drs. 17/11588)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Milchkrise - EU-Markt endlich entlasten statt Landwirte in die Schuldenfalle treiben (Drs. 17/11590)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Stärkung der bäuerlichen Strukturen in der Milchviehhaltung - Märkte gestalten statt Krisen verwalten! (Drs. 17/11593)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein konventioneller Bauer bekommt heute für

einen Liter Milch so wenig, dass nicht einmal seine Produktionskosten gedeckt sind, von Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Rücklagenbildung ganz zu schweigen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden viele Höfe in Bayern ihren Betrieb einstellen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir doch nicht akzeptieren!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wahrscheinlich sind wir uns da auch alle einig, und deswegen herrscht große, hektische Betriebsamkeit. Es gab einmal den Werbespruch: Milch macht müde Männer munter. – Endlich sind auch die zuständigen Landwirtschaftsminister Schmidt und Brunner aufgewacht und laufen los. Das Problem ist nur, dass beide in unterschiedliche Richtungen laufen. Der eine im Bund sucht das Heil immer noch darin, den Bauern die Massenproduktion für den Export zu empfehlen, und Milchpulvertürme wären doch auch eine tolle Lösung. Der andere hat zumindest schon erkannt, dass das alte Credo "Wachsen oder weichen" doch nicht mehr so sinnvoll und zeitgemäß ist und dass vielleicht mehr auf Qualität gesetzt werden muss. Aber die Ursache der ganzen Misere traut sich keiner von beiden zu benennen.

Die Landwirtschaft wurde und wird nur nach ihren Produktionserfolgen bewertet. Rationalisieren, optimieren, maximieren heißt die Devise, und die Leidtragenden dieses Systems sind die Tiere, die Umwelt und vor allem die bäuerlichen Familien. Wir haben es mit einer Reihe von Problemen zu tun: Tiere, die durch Zucht auf Höchstleistung getrimmt werden, Böden und Gewässer, welche die Güllemengen, die durch die Massenproduktion anfallen, überhaupt nicht mehr aufnehmen können, und Familien, die sich durch das Versprechen auf die unglaublich tollen, großen Exportmärkte überschuldet haben und jetzt stark in ihrer Existenz bedroht sind.

Angesichts dieser Problemlage sind Übergangshilfen, Liquiditätshilfen und Zuschüsse zu Versicherungen nur sehr notdürftige Pflaster. Eine nachhaltige Lösung gibt es nur, wenn wir an die Ursache herangehen. Es gibt zwei Ziele, die wir erreichen müssen,

um das Problem zu lösen. Erstens. Die Menge muss runter! Zweitens brauchen wir eine langfristige Strategie, die das Tierwohl achtet, die sorgsam mit der Natur umgeht und auf ökologische Qualität setzt.Die bayerische Landwirtschaft kann nur durch Ökologisierung und Regionalisierung gerettet werden. Das sagen wir GRÜNEN schon seit Langem. Obwohl wir dafür bisher meistens ausgelacht worden sind, werden wir immer öfter bestätigt. Alle Untersuchungen und Befragungen besagen im Grunde das Gleiche: 80 % der Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich regionale und ökologische Produkte. Sie sind immer öfter bereit, diese auch zu kaufen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): 80 %?)

Sie kaufen diese Produkte vor allem dann, wenn ersichtlich ist, warum sie einen höheren Preis haben. Der Grund muss klar erkennbar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ökologisierung ist zurzeit der Gewinnerbereich in der Landwirtschaft. Die Biobauern zeigen es uns. Der Auszahlungspreis für Biomilch ist seit einem Jahr stabil auf sehr gutem Niveau.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Er sinkt!)

Der Verkaufspreis der Biomilch ist übrigens der einzige Preis, der in einen Zusammenhang mit dem Milchauszahlungspreis, den die Bauern erhalten, gesetzt werden kann. Die Biobauern bekommen tatsächlich mehr Geld für ihre Milch. Das ist bei anderen Milchsorten nicht so. Im Discounter wird neben der ganz billigen Milch – die berühmte 46-Cent-Milch – auch Milch in Verpackungen angeboten, auf denen Tiere mit Hörnern, die auf schönen Wiesen stehen, zu sehen sind. Wenn das der einzige Grund für den höheren Preis im Vergleich zu der ganz billigen Milch ist, dann kauft der Verbraucher die teurere Milch natürlich nicht. Er will schon wissen, ob die entsprechenden Kriterien erfüllt worden sind und ob das kontrolliert worden ist. Für Ökomilch zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr, weil das staatliche Biosiegel ihnen das Vertrau-

en gibt, dass diese Milch nicht zulasten der Tiere, der Umwelt und der Bäuerinnen und Bauern erzeugt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heumilch- und Weidemilchsiegel wären übrigens weitere Möglichkeiten. Die Qualität braucht viel mehr Fördergelder. Das Gegenteil findet gerade statt. Sie haben zum Beispiel das schöne Kulturlandschaftsprogramm ziemlich rasiert.

(Angelika Schorer (CSU): Was?)

– Es sind einfach Maßnahmen gestrichen worden; das ist Fakt. Ich kann nichts dafür. Ihr mit eurem Haushalt könnt sehr wohl etwas dafür. – Die staatliche Förderung muss noch viel gezielter erfolgen. In die Förderung von Qualität muss viel mehr Geld fließen. Massenproduktion darf nicht mehr gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine bayerische Molkerei zitiert im Rahmen der Werbung gerade einen wunderschönen Spruch: Wir kennen von vielen Dingen ihren Preis, aber nicht mehr ihren Wert. – Blühende Wiesen, grasende Kühe, sauberes Wasser und eine Vielzahl von Bauernhöfen – diese Bilder wollen wir nicht nur auf Hochglanzverpackungen sehen, sondern auch in der Wirklichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen wir es möglich! Beginnen wir mit der ökologischen Agrarwende! – Ich komme zum Schluss: Im Gegensatz zum Bauernverband sehe ich aktuell nicht so sehr den Lebensmitteleinzelhandel, sondern vielmehr die Molkereien in der Pflicht. Ich finde es schon sehr interessant, dass die Molkereien – außer einer deutschlandweit – gegenüber ihren eigenen Lieferanten so gnadenlos ignorant sind. Irgendwann gibt es halt keinen Rohstoff Milch mehr, wenn die Molkereien nicht bereit sind, einen fairen Preis

dafür zu zahlen. Sie sollten sich überlegen, wie das funktionieren kann, und eine entsprechende Werbestrategie entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Anträge der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen, weil der ewige Appell an einen freiwilligen Lieferverzicht keine Wirkung zeigt; das sehen wir. Zu dem Antrag der SPD werden wir uns der Stimme enthalten.

Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen, wirklich zukunftsfähige Strategien zu entwickeln. Es reicht nicht aus, mit Geld auszuhelfen, dessen Gewährung noch dazu nicht an Bedingungen geknüpft ist. Insofern werden auch die aktuellen Maßnahmen die Landwirtschaft in Bayern langfristig nicht retten. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: Unsere Landwirtschaft befindet sich derzeit in vielen Produktbereichen in einer schwierigen Lage. Der Milchpreis ist das eine. Es gibt weitere Ursachen, zum Beispiel das seit Langem anhaltende Preistief bei Schweinen und die Zukunftsängste von Ferkelerzeugern aufgrund von Gerichtsurteilen und politischen Rahmenbedingungen, über die auf Bundesebene zu diskutieren ist, sowie die ungenügenden Rahmenbedingungen für Biogasanlagen vor dem Hintergrund des neuen EEG. All diese Faktoren müssen wir heute auch in den Mittelpunkt stellen, wenn wir über die Landwirtschaft debattieren. Berlin ist – wie immer – gut beraten, auf Bayern zu hören. Dies gilt auch für die landwirtschaftlichen Themen.

Die Liquiditätslage vieler Milchviehbetriebe ist derzeit dramatisch. Bei vielen rühren die Existenzängste nicht nur von der aktuellen Situation her, sondern auch von der Frage, wie lange es noch so weitergeht bzw. wann es wieder besser wird. Das Marktumfeld in

der EU ist nach dem Auslaufen der Quote ein völlig neues. Eine stabile Entwicklung ist trotz guter Signale, die wir in den vergangenen Tagen an den Milchmärkten wahrnehmen konnten, ungewiss.

Fakt ist: Die EU hat mit großer Mehrheit das Quotenende beschlossen. Die EU hat einmütig ein Russlandembargo beschlossen. Der Einfuhrstopp von russischer Seite ist jüngst bis zum 31. Dezember 2017 verlängert worden. Die EU ist jetzt in der Pflicht, in der Krise den Bäuerinnen und Bauern zu helfen. Es gibt derzeit ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage – das kann man nicht wegdiskutieren –, was auf den Milchpreis in der EU drückt.

Alle Verantwortlichen müssen erkennen, dass man die Entwicklung, die wir in vielen Ländern Europas beobachten, so nicht laufen lassen kann. Wir verzeichnen Mengensteigerungen nicht nur in Polen, sondern auch in Holland – plus 20 % – und in Irland; dort ist es ein Plus von 30 %. Die deutschen Bauern haben schon reagiert. Nach Ende der Quote hatten wir in Deutschland ein Mengenwachstum von circa 3 %, in Bayern waren es 2,3 %. Derzeit liegt die Milchanlieferung in Deutschland aber unter den entsprechenden Werten von 2014 und 2015, jeweils auf den aktuellen Zeitpunkt bezogen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen. Europäische Landwirtschaftspolitik kann nicht in der völligen Abkoppelung von der Fläche bestehen. Es darf nicht so sein, dass man an die Küstenstandorte das Futter mit dem Schiff bringt und von dort die Gülle mit dem Schiff wegfährt. Ich denke, das muss man an dieser Stelle deutlich ansprechen. Unsere Vorstellungen sind andere.

Ich betone, ganz Europa ist in der Pflicht. Wir brauchen jetzt mengendämpfende Signale, ein wirksames Risikomanagement und Krisenmaßnahmen. Wir haben seit Langem beschrieben, worin diese bestehen müssten.

(Beifall bei der CSU)

Von der EU müssen insbesondere Mittel bereitgestellt werden. Wir unterstützen die Forderung unseres Landwirtschaftsministers Helmut Brunner, mindestens 1 Milliarde Euro für die Milchbauern aus der EU vorzusehen. Allein im Rahmen der Super-Abgabe haben die Bauern in den vergangenen beiden Jahren 1,2 Milliarden Euro bezahlt.

Wir, die CSU-Fraktion, teilen die Auffassung unseres Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt, dass die Frage der Angebotsmenge nicht in erster Linie politischer Natur ist, sondern dass die Lösung der Probleme von den Wirtschaftsbeteiligten selbst in die Hand genommen werden muss.

(Horst Arnold (SPD): Ha, ha!)

Das heißt aber nicht, dass wir die Bauern im Stich lassen, sondern die Politik wird ihnen unterstützend zur Seite stehen. In einer sozialen Marktwirtschaft kann es nicht ein völlig freies Spiel der Märkte geben.

(Horst Arnold (SPD): Das nennt man dann Schizophrenie!)

Viele Molkereien legen bereits heute Mengen und Preise in Lieferverträgen mit den Bauern fest und haben eine gute Mengenplanung. Es wird auch in Zukunft eine wichtige Voraussetzung für die Abstimmung von Angebot und Nachfrage sein, dass es marktorientierte Lieferbeziehungen gibt. In Bezug auf diese Lieferverträge ist sicherlich noch das eine oder andere zwingend zu gestalten.

Die FREIEN WÄHLER wollen finanzielle Anreize setzen, damit weniger Milch produziert wird. Über ähnliche Vorschläge wird seit Jahren diskutiert – das ist schon ausgeführt worden –; diese haben aber bisher keine Akzeptanz gefunden. Wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Herr Aiwanger, wenn ich Ihre Pressemitteilung von gestern durchlese, dann weiß ich, in welche Richtung es wieder geht. Sie schreiben: "Bundes- und Staatsregierung müssen die Märkte wieder ins Gleichgewicht bringen."

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, das erwarten wir von Ihnen!)

Das zeigt, dass Ihnen nicht an einer Lösung, sondern an politischer Propaganda gelegen ist. Sie erzählen den Menschen letzten Endes nur Geschichten und blenden die Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft aus.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollen die Märkte nicht in Ordnung bringen?)

Auch im Agrarausschuss ist bei den Kollegen der FREIEN WÄHLER immer wieder durchgeklungen, dass wir in Bayern isoliert Mengen regulieren könnten. In Ihrem Antrag steht, man solle mit nationalen Maßnahmen starten. Was kommt denn heraus? – Keine Erhöhung des Milchauszahlungspreises, sondern mehr Importe von Milchprodukten aus Holland, Frankreich und Polen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das Resultat unserer bayerischen Agrarpolitik, dass Bayern ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands aufweist. Bayern hat in vielen Bereichen die attraktivsten Programme für zukunftsfähige, von der Gesellschaft gewollte bäuerliche Betriebe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das gibt es gar nicht! Was erzählt der für ein Zeug!)

In Bayern liegt der Milchpreis trotz seines katastrophalen Niveaus immer noch um ca. 5 Cent höher als im Norden und Osten Deutschlands mit den dortigen schlechten Preisen.

(Horst Arnold (SPD): Welch ein Trost!)

Wir werden unsere Bauern gerade in diesen schweren Zeiten nicht im Stich lassen. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt für die Leistungen an die Landwirte zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen und werden uns auch in Zukunft für die notwendigen

Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft in Bayern einsetzen. Denken Sie an das KULAP und an viele Maßnahmen in der Vermarktung.

Wir werden alles dafür tun, dass die Produkte aus unserer Landwirtschaft in Bayern, liebe Kollegin Sengl, qualitativ hochwertig und sicher sind – das sind sie jetzt und schon seit langer Zeit –, damit sie auch in Zukunft eine besondere Stellung auf dem Markt genießen. Vielleicht haben Sie von unserem Siegel "Geprüfte Qualität – Bayern" gehört. Dort können auch Produkte wie Butter, H-Milch, Käse, Joghurt, Quark, Vollmilch oder Schlagrahm zertifiziert werden. Wir wollen auch in Zukunft auf die Herkunft aus Bayern und auf die Qualitätskriterien, die damit verbunden sind, großen Wert legen. Da wurde jetzt eine wichtige Weichenstellung vorgenommen.

Wir erwarten vom Bund, dass das "x" bei 100 Millionen Euro plus "x" deutlich ausfällt. – Die Signale des Lebensmitteleinzelhandels nach dem Milchgipfel sind aus meiner Sicht völlig enttäuschend. – Wir setzen uns mit unserem Antrag auch für eine Überprüfung des Wettbewerbsrechts ein. Der Lebensmitteleinzelhandel muss Verantwortung übernehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Preise für hochwertige Nahrungsmittel ins Bodenlose fallen und die Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels dann erklären, die Höhe des Preises sei ihnen eigentlich egal, nur der Konkurrent dürfe nicht billiger anbieten.

(Horst Arnold (SPD): Das ist soziale Marktwirtschaft!)

Vor diesem Hintergrund muss man in der sozialen Marktwirtschaft über ein Verbot von Lockvogelangeboten, wirksame Definitionen und eine Verschärfung des Verbots des Verkaufs unter Einstandspreisen nachdenken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nachdenken ist zu wenig!)

Wichtig ist, dass jetzt schnelle Hilfe dort ankommt, wo Existenzen gefährdet sind. Wir brauchen ein zusätzliches Liquiditätshilfeprogramm mit Bundes- und EU-Mitteln. Keinesfalls darf der Verkauf von Grundstücken im Fokus dieser Liquiditätshilfe stehen.

(Beifall bei der CSU)

Auch zusätzliche Kredite sind jetzt nicht hilfreich. Wir brauchen Maßnahmen, die die Bauern in die Lage versetzen, ihre Betriebe weiterzuführen, und die in der Marktkrise wirkungsvoll helfen wie Existenzsicherungsmaßnahmen, direkte Zuschüsse, Bürgschaftsprogramme und vieles andere mehr. Wir setzen uns auch für eine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung ein. Das hilft allen Bauern und wirkt von Jahr zu Jahr, wenn es verstetigt werden kann.

Ich komme zum Antrag der GRÜNEN. Das Gute daran ist die Forderung nach einer bodengebundenen Landwirtschaft in ganz Europa. Das ist unser bayerisches Credo. Das will ich ausdrücklich sagen. – Abzulehnen und inakzeptabel ist die Forderung nach einer Abkehr vom Export. Der Export sorgt dafür, dass wir in Bayern doppelt so viel Milch produzieren können, wie wir verbrauchen, und dass wir gute Milchwirtschaftsjahre hinter uns haben. Er sorgt dafür, dass gerade die kleinen Strukturen, speziell die Bergbauern und die kleinen Molkereien, entsprechende Märkte haben und entsprechende Milchauszahlungspreise gewährleisten können.

Sie fordern eine maximale Umschichtung von der ersten zur zweiten Säule. Ich weiß, was Ihre Forderung bedeutet, dies solle in Verbindung mit einer ökologischen, verträglichen und tiergerechten Landwirtschaft geschehen. Ich behaupte, wir haben das in der Milchproduktion in Bayern. Wenn die Mittel aus der ersten Säule entfernt würden, wären das einkommenswirksame Mittel. Sie sagen, die Mittel sollen in die zweite Säule. Sie wollen damit neue Auflagen. Das lehnen wir grundsätzlich ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Arnold, über den Antrag der SPD-Fraktion hätten wir uns angesichts einer wirklichen Krisenzeit in Abstimmung und kollegialer Zusammenarbeit unterhalten können. Sie aber lehnen diesen Zusammenhalt ab, weil Sie in der Begründung den

Bundeslandwirtschaftsminister in inakzeptabler Weise angreifen und Unterstellungen machen. Deshalb stimmen wir Ihrem Antrag leider auch nicht zu.

(Horst Arnold (SPD): Glauben Sie das, was Sie da sagen?)

– Sie müssen den Antrag nur lesen. – Eines möchte ich aus den vielen Zuschriften weitergeben, die ich in den letzten Wochen erhalten habe. Eine Bäuerin hat mir geschrieben: Das Wichtigste, was wir von der Politik erwarten – –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das schreiben mehrere!)

– Das haben viele geschrieben, aber ich zitiere eines der Schreiben. – Sie hat geschrieben: Das Wichtigste, was wir Landwirte erwarten, ist eine verlässliche Unterstützung und eine Wertschätzung für die Landwirtschaft. Wir dürfen heute als Tierquäler, Umweltverschmutzer und Bettler beschimpft werden.

(Florian von Brunn (SPD): Wer macht das denn, Herr Schöffel?)

Dagegen wehren wir uns zuallererst. Dafür arbeiten wir jede Woche. – Sie hat auch Franz Josef Strauß zitiert mit den Worten: Unsere Bauern sind das Fundament für Wohlstand und Frieden. – Dem kann man nur zustimmen. Wir sorgen dafür, dass dieses Fundament auch in der Zukunft trägt. Sie sollten sich, wenn Sie die Bauern jede Woche bei der Düngung, beim Pflanzenschutz und bei der Tierhaltung kritisieren und die Bundesumweltministerin eine Halbierung der Rinderbestände fordert usw., genau dies vor Augen halten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Schmidt setzt es um! Die Umweltministerin fordert es, und der Schmidt setzt es um!)

Unsere Landwirtschaft hat unsere volle Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe bloß eine kleine Nachfrage. Haben Sie tatsächlich gesagt, nächstes Jahr werde das KULAP-Programm mit wesentlich mehr Geld ausgestattet als heuer?

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe gesagt, wir setzen uns dafür ein. Ich gehe davon aus, dass es so kommt.

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft! – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie kennen das Haushaltsaufstellungsverfahren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer hat denn die Mehrheit?)

Sie können sich darauf verlassen, dass wir die richtigen Weichen stellen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Da können wir uns eben nicht darauf verlassen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Recht schönen Dank. Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gehofft, dass die polemischen Ausführungen des Vorredners im Ausschuss nicht nach draußen kommen. Jetzt sind wir so weit. Wir haben sie im Plenum.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, so können wir natürlich keine Probleme lösen. Wer uns heute zuhört – draußen werden viele Landwirte die heutige Debatte verfolgen –, erwartet Lösungen. Die Situation drückt und brennt nämlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei den Märkten für Milch, Fleisch und Getreide, wenn ich die wichtigsten nennen darf, ist es nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Wir sollten uns heute auf die Themen konzentrieren, statt landwirtschaftliche Programme darzustellen. Das kann man zwar machen, wenn man möchte; aber heute haben wir das Thema "Reparaturen an den Märkten". Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Ich nenne in aller Kürze die Faktenlage. Wir haben in Bayern noch etwa 33.000 Milchviehbetriebe. In Deutschland sind es etwas über 80.000. In Bayern werden gut sieben Milliarden Kilogramm Milch erzeugt, in Deutschland 32 Milliarden Kilogramm. Jetzt wurden 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wohin ist das Geld gegangen oder wohin soll es wandern? – Etwa 78 Millionen Euro sollen in die Sozialversicherungen fließen. So weit, so gut; allerdings ist es dann nicht direkt dort, wo es hin soll; denn das ist eine Verteilung mit der Gießkanne. Die verbliebenen 20 Millionen Euro sollen in Steuervergünstigungen fließen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer keine Gewinne macht, braucht sich momentan nicht mit Steuern zu befassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte in einer Rechnung darlegen, wie das auf einen bayerischen Durchschnittsbetrieb im Alpenraum wirkt mit 120.000 Kilogramm Jahresproduktion, im Monat etwa 10.000 Kilogramm. Wenn er im Monat 10 bis 15 Cent pro Liter an Mindererlösen gegenüber vor einem Jahr hat, verliert er monatlich den Betrag, den Sie jetzt über die 100 Millionen Euro zuschießen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Degradierung zum Almosenempfänger, eine Verkennung der Situation. So können wir mit den Betrieben vor Ort nicht umgehen. Wir müssen das Thema lösen, indem wir diese Zahlungen an eine Mengenveränderung knüpfen. Darin läge

die Lösung. Das soll nicht bayernweit, auch nicht deutschlandweit, sondern europaweit in Angriff genommen werden. Daran fehlt es, liebe Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe beide Vorredner, wir von den FREIEN WÄHLERN sind es gewohnt, dass Sie unsere Anträge ablehnen.

(Zuruf von der CSU: Mit gutem Grund!)

Ich habe vorher gehört, dass vom Lebensmitteleinzelhandel gesprochen wird – wir sollen die Discounter besser überwachen. Wir FREIE WÄHLER haben mehrfach Anträge gestellt, dem Lebensmitteleinzelhandel besser auf die Finger zu schauen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Abgelehnt!)

Ich kann mich noch gut erinnern: Ablehnung; nichts anderes. Jetzt kommen Sie daher und stellen in Ihrem Agrar-Parteiprogramm – nichts anderes ist es –, in Ihrem heutigen Antrag die Forderung auf, den Lebensmitteleinzelhandel besser zu kontrollieren. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sind wir denn eigentlich? Wenn das draußen einer mitkriegt, muss er sich das fragen. Es ist nicht nur verkehrte Welt. Die Discounter wollen nicht. Wenn Sie es jetzt kapiert haben, dann gratuliere ich Ihnen. Aber bitte: Das wäre schon vor vielen Monaten und Jahren möglich gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sprechen einen zweiten Punkt an. Molkereien und Landwirte sollen in gemeinsamen Vereinbarungen die Quote, die Menge auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Liebe Kollegen von der CSU, damit hintergehen Sie Minister Helmut Brunner. Lieber Minister Helmut Brunner, ich habe der Rede neulich auf dem schwäbischen Milchbauerntag aufmerksam zugehört. Die Landwirte haben die Worte sehr erwartungsvoll verfolgt. Leider muss ich heute nach den Erklärungen sagen, dass die Hoffnungen ein

Stück umsonst waren. Von Ihnen war nämlich zu hören: Wir müssen alle Vorschläge aufnehmen; wir müssen sie nicht nur diskutieren; wir müssen sie in unsere Lösungen einbeziehen. Damit wurden Hoffnungen geweckt. Jetzt höre ich andere Argumente. Ich habe vorher gehört, die einzelbetrieblichen Mengenreduzierungen gegen Entschädigung würden keine Mehrheit finden. – Es wurde noch nie ausprobiert!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Geben Sie dieser Möglichkeit doch wenigstens einmal eine Chance! Mit einem bestimmten, mit einem attraktiven Beitrag kann man die Milchmenge reduzieren. Wenn ein Betrieb – ich sage noch einmal: das muss europaweit gelten – für eine bestimmte Zeit die Milchmenge um 5 % oder mehr kürzen würde, wäre damit auch dem Produkt und dem Markt geholfen, und die Landwirte hätten das Gefühl, dass sie sich daran beteiligen. Momentan geht man mit der Gießkanne über das Ganze. Wir sehen keine Chance, uns weiterhin sinnvoll am Marktgeschehen zu beteiligen. Wir haben ja Marktpreise. Auf dem Spot-Milchmarkt betragen die Preise derzeit etwa 12 Cent pro Liter. – Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Es gibt Wissenschaftler, nach deren Berechnungen die Produktionskosten pro Kilogramm nicht nur bei 40 Cent, sondern bei 50 Cent liegen. Ich habe vorher gehört, dass Bayern noch um 5 Cent besser ist als andere. – Leute, es ist ein schlechter Trost, wenn ich unter dem Auto liege, der andere fährt über mich und der Dritte sagt: Du hast Glück gehabt; du hättest auch tot sein können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Bringen Sie realistische Vorschläge.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben noch keinen einzigen Vorschlag gehört! Sie beklagen seit zehn Minuten die Situation!)

Da wir gerade bei dem Thema sind, noch ein Weiteres. – Lieber Herr Kollege Kreuzer, ich habe Ihnen auch zugehört. Das erwarte ich von Ihnen ebenfalls.

(Thomas Kreuzer (CSU): Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, Herr Kollege!)

Sie fordern, dass die Landwirte untereinander Absprachen treffen. Herr Minister Helmut Brunner hat es auch auf dem schwäbischen Milchbauerntag zu Recht erwähnt: Die Verhandlungen werden sich schwierig gestalten. Ich kenne wenige Molkereien, die bereit sind, die Milchmenge zurückzufahren; denn aufgrund der Globalisierung und des Weltmarktes wollen sie Kapazitäten. Damit kommen Landwirte und Bauern schlecht klar. Deshalb müssen die Landwirte, die Bauern und die Molkereien mit ins Boot geholt werden. Der Staat muss dabei eine Führungsaufgabe übernehmen. Wir können das nicht nur begleiten, sondern wir müssen federführend tätig sein. – Biogas wird ganz nebenbei auch noch erwähnt. Für den großen Bereich ist das natürlich eine Zumutung.

Ich komme zum Ende, da die Redezeit für die Opposition sehr kurz anberaumt ist. Wir werden den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Erstens. Wir können der zweiten Säule nicht folgen. Zweitens. Der Themenbereich ist nicht auf die Märkte konzentriert. Heute sind Getreide, Fleisch und vor allem Milch die Themen.

Dem SPD-Antrag werden wir natürlich zustimmen, weil er in eine völlig richtige Richtung geht.

Dem Antrag der CSU können wir nicht zustimmen; denn wenn ich den Landwirten draußen erzähle, dass wir dieses und jenes beschlossen haben, sagen sie: Wo seid ihr denn eigentlich? – Damit will ich schließen. Wenn Sie einmalig 15.000 Euro pro Betrieb veranschlagen und sagen, dass man das auf eine einzelbetriebliche Milchmengenreduzierung anrechnen kann, gehen Sie davon aus, dass es sich um eine einmalige Krise handelt und dass am Milchmarkt anschließend alles wie von selbst laufen wird. – Liebe Kollegen von der CSU, das ist völlig unrealistisch. Es geht am Thema vorbei.

Ganz am Schluss will ich noch erwähnen: Minister Helmut Brunner und Albert Deß in Brüssel haben das anscheinend erkannt. Bitte machen Sie aber Ihrem Christian Schmidt etwas Beine.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er hat nach wie vor nicht erkannt, wie gewaltig die Problematik ist. Er wird weiterhin Kontakte mit der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft pflegen dürfen, aber das Thema muss jetzt angegangen werden. Dies muss auch einem Christian Schmidt klar sein. Jetzt geht es um die Existenz der bayerischen Milchwirtschaft. Hier ist es fünf nach zwölf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Dr. Herz, bitte kommen Sie zurück. – Herr Kollege Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Dr. Herz, Sie haben Ihre Ausführungen begonnen mit: Was man braucht, sind Lösungen. Ich habe Ihnen daher ganz gespannt zugehört, habe aber leider keine Lösungsansätze, Hinweise oder irgendwelche Möglichkeiten, die Sie aufgezeigt hätten, vernommen. Könnten Sie das bitte noch konkretisieren, damit man auch versteht, welchen Lösungsansatz Sie gerade propagiert haben?

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, vielen Dank. Solche polemischen Ausführungen bin ich natürlich gewohnt; das ist nichts Neues.

(Zuruf von der CSU: Sie müssen sich einmal selber zuhören!)

Ich wiederhole mich gerne: Wir fordern einen freiwilligen Lieferverzicht gegen Entschädigung und glauben, dass wir damit einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Milchmarktkrise leisten. Wenn Sie wollen, kann ich es noch einmal sagen. Ich glaube aber, wir bleiben im persönlichen Gespräch. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CSU! Beim Studium Ihres Antrags dachte ich eigentlich: Mit diesem Antrag ist die Politik der Beschwichtigung, des Zögerns, des Zauderns und insbesondere des Ablenkens und des Vertröstens beendet. Diese Annahme wurde durch die heutige Begründung grundlegend widerlegt, weil schon die Analyse von vornherein eine Ablenkung ist, weil das Vertrösten auf Europa und auf andere Ebenen ebenfalls eine Ablenkung darstellt. Sie zögern, in diesem Zusammenhang wirklich Worte in den Mund zu nehmen, die notwendig sind, Worte, die Ihr eigener Minister in den Mund nimmt. Sie sprechen von mengendämpfenden Signalen. Der Herr Minister spricht schon länger von Maßnahmen zur Milchmengenreduzierung. Nehmen Sie sich den Mut Ihres Ministers zu Herzen und formulieren Sie Ihre Anträge dann auch entsprechend mit diesem Mut. Aus meiner Sicht ist dies aber nicht zielführend.

Zur Milchmarktkrise selbst. Natürlich ist der Preisverfall schon vor Wegfall der Milchquote entstanden, nämlich durch die Mengenfreigabe vor der Abschaffung. Von 2013 bis zum 7. August 2014 – das ist der Zeitpunkt des Russland-Embargos – ist der globale Preis für Milch bereits um die Hälfte gesunken. Da war die Milchquote noch nicht abgeschafft. Natürlich ist die Krise durch das Russland-Embargo verstärkt worden, und natürlich auch durch die mangelhafte Bereitschaft des asiatischen Marktes, Milch in solchen Mengen abzunehmen, wie wir uns das gewünscht haben.Ein weiterer Punkt, der richtigerweise erwähnt worden ist, betrifft die Marktmacht der Discounter. Legendär ist dabei, welche Eigentore der Bauernverband, nicht der Bayerische Bauernverband, sondern der Deutsche Bauernverband, geschossen hat. War es nicht Herr Rukwied, der sich im September 2015 als Werbedummy von Lidl hingestellt und diese Kette dafür gefeiert hat, dass sie angeblich 5 Cent für den Liter Milch bezahle? – Das ist verpufft. Herr Schöffel, ich kann Ihnen beipflichten: Das ist in der Tat sehr enttäuschend.

Nun decken die Erlöse nicht einmal mehr die Kosten. Der Erlös ist um 50 % geringer, als es notwendig wäre, um die Kosten zu decken. Bayern ist Milchland. 25 % der in Deutschland produzierten Milch werden in Bayern hergestellt. Wir haben zwischen 33.000 und 35.000 Betriebe. Für uns Sozialdemokraten ist dabei ganz wichtig, dass in der Molkereibranche über 11.000 Arbeitnehmer beschäftigt sind. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt vorgelagert, nachgelagert oder zentral mit der Landwirtschaft und damit auch mit der Milchproduktion zusammen. Hier handelt es sich somit nicht um ein Spartenproblem. Das ist ein Problem der Gesellschaft, ein Problem der Struktur und der Konzentration, das soziale Spannungen hervorruft. Die Bedeutung für den ländlichen Raum ist immens; er wird nämlich dadurch gefährdet. Deshalb ist es für uns am wichtigsten, dass wir über dieses Thema so weit wie möglich konsensual sprechen.

Fragen wir nach der Schuld. – Hier können wir lesen: Da sind die Bauern selber schuld. Das ist sehr leicht dahingesprochen. Natürlich wurde zu viel Milch produziert. Allerdings muss man auch sagen, unter welchen Voraussetzungen zu viel Milch produziert worden ist. Durch den Wegfall der Quote sind Vermögenswerte weggebrochen. Schulden sind deshalb zu bedienen, und zwar mit Geld. Wer Geld braucht, muss natürlich mehr produzieren. Der produzierende Landwirt befindet sich nun einmal in diesem Teufelskreis. Wenn die Preise dann auch noch sinken, muss er noch mehr produzieren. Insofern handelt es sich hier um ein Problem, das nicht marktwirtschaftlich gelöst werden kann. Freiwilligkeit hilft hier nicht mehr weiter. Wenn diese Lösungen freiwillig wären, würden sie in den wirtschaftlichen Abgrund führen.

Der nächste Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die Lieferverpflichtungen. Die Molkereien haben langfristige Lieferverpflichtungen mit einer sogenannten Andienungspflicht und einer Abnahmepflicht. Auch dadurch werden die Landwirte gebunden. Das entspricht nicht dem, was Sie als freie Marktwirtschaft rühmen. Eine freie Marktwirtschaft funktioniert nur dann, wenn ein sozialer Ausgleich erfolgt. Das ist hier schon längst nicht mehr der Fall.

Die Stallbauförderungen, die auch der Freistaat Bayern gewährt, gibt es nur dann, wenn Betriebe erweitert werden. Eine Betriebserweiterung führt selbstverständlich wiederum zu einer Erhöhung der Produktionsmenge. Auch darüber müssen wir in der Zukunft diskutieren.

Wir gehen deswegen davon aus, dass diese Krise schon länger vorhanden ist und uns diese Situation nicht überraschen kann. Wir stimmen auch deshalb für Ihren Antrag, weil wir am 11. November 2014 einen Antrag mit dem Ziel gestellt haben, die Milchmarktkrise zu verhindern. Am 29.09. haben wir den Antrag gestellt, Märkte zu gestalten, statt Krisen zu verwalten. Die Milchbauern sollten nicht länger im Stich gelassen werden, sondern Liquiditätshilfen erhalten. Auf das Angebot sollte reagiert werden. Am 28. April haben wir einen Antrag zur Tierwohlinitiative und zum Weidemilchlabel eingebracht. Alle diese Punkte, die wir damals beantragt haben, finden sich jetzt in Ihrem Antrag. Damals haben Sie unsere Anträge allesamt abgelehnt. Unsere Anträge wurden damals als das Herbeireden einer Krise aufgrund parteipolitischer Motivation diffamiert.

Damit komme ich zu den Landwirtschaftsministern. Herrn Brunner muss ich in diesem Zusammenhang wirklich ausnehmen. Herr Brunner hat damals gesagt, es dürfe keine Denkverbote geben. Es wurde eine Insellösung angedacht, die von der CSU abgelehnt worden ist. Durch diese Ablehnung wurde das Denken negativ sanktioniert. Bei der Agrarministerkonferenz, die am 18. April in Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden hat, hat Herr Brunner einstimmig mit den anderen Agrarministern eine Resolution unterfertigt, mit der freiwilligen Maßnahmen zur Reduzierung des Milchangebots der Vorrang gegeben werden sollte. Nach dem Abwarten einiger Monate sind jedoch verpflichtende Regelungen vorgesehen. Das war nicht einfach so dahingeschrieben. Herr Brunner, Sie selbst haben das als wichtiges Signal für die Bauern bezeichnet und in der Presse gerühmt, dass dieser Beschluss die bayerische Handschrift trage. Dieses wichtige Signal ist bei den Bauern sicherlich angekommen, aber nicht bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion. In dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag

wird nämlich kein einziges Wort über eine Mengenreduktion verloren. Hier haben Sie nachzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen scheint es mir so zu sein, dass Sie mit der Einigkeit ein Problem haben. Ich möchte es einmal so formulieren: In der Agrarpolitik gibt es ein Dreieck der Zwietracht. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hat noch bis zum Ende des Jahres 2015 gesagt, dies sei eine vorübergehende Krise. Sein Staatssekretär Bleser sagt, mit Marktkrisen müsse man leben, deswegen sollten sie abgewartet werden. Herr Brunner sagt, er wolle Maßnahmen ergreifen. Irgendwo dazwischen pendelt die CSU-Landtagsfraktion und sagt: Das wird alles der Markt regeln; wenn nicht, dann sind andere schuld. Die Holländer liefern zu viel, die Iren liefern zu viel. Damit ist die Welt in Ordnung.

Die Welt ist nicht in Ordnung! Bringen Sie Ihre Welt, was die Landwirtschaftspolitik betrifft, in Ordnung! Machen Sie dieses Dreieck der Zwietracht in Ihrer politischen Gliederung zunichte, sprechen Sie mit einheitlicher Stimme, und widersprechen Sie sich nicht ständig. Sie schaffen sich Freiräume dadurch, dass Sie sich immer dafür entschuldigen, dass der jeweils andere etwas gesagt hat, was Sie nicht wollen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Damit komme ich zu den eigentlichen Maßnahmen. Sie sprechen von 100 Millionen Euro. Richtig, das ist nicht schlecht. Allerdings müssen wir davon schon einmal 78 Millionen Euro für die Unfallversicherung bzw. für die Berufsgenossenschaft abziehen. Dann bleiben insgesamt noch 23 Millionen Euro. Nach dieser Rechnung kommen bei den Milchviehhaltern 8 Millionen Euro an. Unser geschätzter Kollege Füracker hat davon gesprochen, dass 1 Cent Preisverfall in Bayern pro Jahr einen Schaden in Höhe von 80 Millionen Euro bei der Erwirtschaftung verursache. Wir müssen also davon ausgehen, dass diese 8 Millionen Euro, die den Milchbauern so oder so zugute-

kommen, gerade einmal 0,1 Cent Preisverfall decken. Einfacher und plakativer gerechnet: Jeder Betrieb erhält dadurch 200 Euro in diesem Jahr.

Meine Herren, es ist schön, wenn die Bauern etwas in die Hand bekommen. Wenn sie jedoch ein Mikroskop in die Hand nehmen müssen, um das, was sie bekommen, zu erkennen, ist das keine Hilfe, sondern, mit Verlaub, eine Verarschung. Das können wir so nicht durchgehen lassen. Klar ist, dass diese Liquiditätsbeihilfen die Probleme teilweise lindern. Sofern höhere Kredite bezuschusst werden sollen, ist das ein weiteres Drehen an der Preisspirale. Damit wird zwar eine Stundung ermöglicht, aber die Schulden bleiben.

Wir müssen noch das Agrarmarktstrukturgesetz regeln, das insoweit geändert wird, als die Vereinbarungen zwischen Molkereien, Bauern und Produzenten für sechs Monate freigegeben und flexibel gestaltet werden können. Aber, meine Herren, sechs Monate sind zu wenig. Das ist Flickwerk. Das zeigt Ihre Hilflosigkeit in diesem Zusammenhang. Ihre Hinhaltepolitik, Ihre passive Politik und Ihre Beschwichtigungspolitik sind leider Gottes gescheitert. Herr Schöffel, neulich haben Sie vor Bäuerinnen und Bauern in Passau mit Vorruhestandsregelungen argumentiert. Das ist in diesem Zusammenhang blanker Hohn.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen es erreichen, dass die Milchmengen reduziert werden. Die Maßnahmen, die Sie dafür nennen – sie beinhalten das Einwirken auf Europa –, sind dafür durchaus geeignet und zielführend. Dagegen haben wir gar nichts. Jetzt muss aber mit dem Geplänkel Schluss sein. Wir stimmen allem zu, was der Sache dient. Ihrem Dringlichkeitsantrag stimmen wir zu, weil Sie darin Maßnahmen befürworten, die Sie vorher abgelehnt haben. Wir sehen das positiv, da Sie aus unseren Anträgen offenbar gelernt haben.

Wir stimmen Ihrem Dringlichkeitsantrag zu, weil wir hoffen, dass Sie Ihren Landwirtschaftsminister politisch unterstützen und ihn nicht als einsamen christ-sozialen Rufer

im Milchmeer stehen lassen werden. Wirken Sie auf Ihren Bundeslandwirtschaftsminister ein, damit er endlich die Hand an die Wurzel des Übels legt. Er hat in dieser Frage bis zum heutigen Tage hin und her laviert. Das Geld, das in diesem Zusammenhang in Aussicht gestellt worden ist, wurde noch nicht in den Haushalt eingestellt.Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat gegenüber der Agrarministerkonferenz am 18. April geäußert, er sei mit dieser Forderung unglücklich.

Sie glauben immer noch, wir könnten das markttechnisch regeln, und Sie glauben, es sei nur ein Bestandteil von sozialer Marktwirtschaft enthalten. Das ist nicht der Fall. Deswegen ist Ihre Entscheidung für Freiwilligkeit statt Pflicht falsch. Jetzt ist soziale Marktwirtschaft angesagt, und soziale Marktwirtschaft läuft nur dann, wenn der Staat korrigierend eingreift, wo es hapert. Das ist der Markt, das sind die Mengen, und in diesem Zusammenhang unterstützen wir alle Anträge, die in diese Richtung gehen.

Die Forderungen im Antrag der GRÜNEN sind sehr weitgehend und tief, ohne dass sie entsprechende gesetzliche Grundlagen aufweisen, aber auch diesen Antrag unterstützen wir. – Die FREIEN WÄHLER scheuen sich ebenso klientelbezogen, Milchmengen als solche konkret zu bezeichnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mengenreduzierung!)

– Ja, Mengenreduzierung, aber freiwillig. Die Freiwilligkeit ist natürlich ein Problem. Aber auch darin unterstützen wir Sie, weil wir nicht glauben, dass dieses Thema geeignet ist, einem parteipolitischen Gezänk ausgesetzt zu sein, wenn wir weiter miteinander diskutieren. Wir müssen feststellen: Wir müssen gemeinsam handeln. Wir sind gemeinsam an der Bundesregierung beteiligt. Wir sind inhaltlich teilweise nicht so weit voneinander entfernt. Nur, bekennen Sie sich einmal zu den Grundsätzen und dazu, dass es so, wie es jetzt ist, mit der Freiwilligkeit nicht mehr weiter geht. Wir haben das zwei Jahre lang versucht, und es hat zwei Jahre lang nicht funktioniert. Wir können nicht mehr warten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den Milchbauern herrscht Endzeitstimmung. Das müssen wir so zur Kenntnis nehmen, und das kann auch jeder bestätigen, der draußen unterwegs ist und einzelne Höfe und Milchbauernveranstaltungen besucht. Die Betriebe leben auf Kosten der Substanz. Sie geben Geld mit, weil sie hoffen, dass die Krise irgendwann zu Ende sein könnte, vielleicht der Junior weitermacht oder aus ähnlichen Gründen. Wir sehen aber: Die Rahmenbedingungen führen diese Milchwirtschaft direkt an die Wand. Wir von der Politik müssen die Rahmenbedingungen so verändern, dass eine Zukunft für die bäuerliche Milchwirtschaft in Bayern und Deutschland möglich ist.

Ich glaube, es ist klar, dass das Ziel definiert werden muss. Ich bin davon überzeugt, dass die Krise, die in unseren Augen bei den Milchbauern herrscht, an anderer Stelle nicht als Krise gesehen wird; denn die 100 Millionen Euro, die allein in Bayern den Bauern auf der Milchabrechnung fehlen, werden andernorts in die Tasche geschoben. Davon profitieren der große Einzelhandel und andere, zum Teil vielleicht auch die Verbraucher. Allerdings werden Letztere am Ende die bittere Rechnung bekommen. Diese Krise ist eine Krise der bäuerlichen Landwirtschaft, und diese Krise ist politisch so gewollt. Sie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es gibt Beteiligte, die es genau so wollen. Das ist der große Lebensmitteleinzelhandel, der mit Dumpingpreisen die Märkte beherrscht, weil die Verantwortlichen wissen, dass die Bauern teilweise nicht anders können, sondern liefern müssen. Sie müssen häufig liefern, weil sie mit Fördergeldern Ställe hochgezogen haben und jetzt noch in jahrelangen Lieferverpflichtungen stecken. Die Bank verbietet ihnen, den Betrieb stillzulegen. Sie müssen liefern, obwohl sie draufzahlen, aber der Laden muss laufen. In erster Linie steigen die Betreiber mittelgroßer Betriebe aus, bei denen junge Menschen einer anderen Tätigkeit nachgehen und irgendwann den Spuk nicht mehr mitmachen wollen.

Trotzdem gilt: Diese Krise der bäuerlichen Landwirtschaft ist an anderer Stelle gewollt. Deshalb wird auch auf Bundesebene so gearbeitet, wie gearbeitet wird. Daher wird auf Bundesebene vom Agrarminister Schmidt verhindert, an das Thema Mengenreduzierung heranzugehen, weil die Milchindustrie das nicht will, weil andernfalls der billige Rohstoff Milch teurer würde und eventuell die Gewinne für die Milchindustrie zurückgehen würden. Deshalb wurde der Milchgipfel von diversen Marktbeteiligten aus der Agrarindustrie – ich will die Namen gar nicht aufzählen – gesteuert, ohne dass Vertreter des BDM anwesend gewesen sind. Für die läuft der Laden in die richtige Richtung.

Aus unserer Sicht müssen wir deswegen Folgendes tun: Zuerst muss das Ziel definiert werden, die bäuerliche Milchviehhaltung zu erhalten. Wir haben 32.000 Betriebe. Ich will nicht, dass wir in fünf Jahren in Bayern nur noch 10.000 Betriebe haben, die dann auch noch der Bank gehören. Wir wollen die bäuerliche Milchwirtschaft erhalten, und diese soll ihr Einkommen überwiegend am Markt erwirtschaften können und nicht zu 50 % unter den Entstehungskosten produzieren müssen, um dann mit Sozialhilfe und Almosen auf Kosten der Steuerzahler über Wasser gehalten werden zu müssen, damit sie für die Milchindustrie billig produzieren kann.

Wir müssen die Märkte in Ordnung bringen. Das bedeutet für mich, Herr Minister: Wir müssen auf europäischer Ebene zumindest den ernsthaften Versuch unternehmen, die Menge gegen Entschädigung zu reduzieren. Ich halte Ihnen zugute, dass Sie das wollen. Aber der Bundesminister Schmidt will das nicht mehr. Ich war in Neustadt an der Aisch bei den Milchbauern. Der Herr Minister ist dann, von vier Bodyguards umzingelt, dazugekommen. Ich nehme an, er hat befürchtet, die Kuh würde ihm – ich glaube, sie hat Zilly geheißen – die Hörner hineinstürzen. Er ist auf jeden Fall mit vier Mann aufmarschiert und hat nur zynische Äußerungen von sich gegeben. Er hat gesagt, die Bauern seien an der Überschussproduktion selbst schuld. Er hat mit keinem Ton die Mengenreduzierung angesprochen. Auch beim Milchgipfel ist dieses Thema nicht verfolgt worden. Er hätte es zumindest auf europäischer Ebene versuchen müs-

sen. Er tut es aber nicht, weil diejenigen, für die er arbeiten muss, das nicht wollen. Das ist die Milchindustrie und Co. Das müssen wir so feststellen.

Deshalb fordern wir eine Mengenreduzierung auf europäischer Ebene gegen zeitweilige Entschädigungen. Ich garantiere Ihnen: Wenn auf europäischer Ebene ein 500-Millionen-Aufkauf-Programm aufgelegt würde und – um nur einmal zwei Zahlen in den Raum zu stellen – die Milchmenge für 20 Cent vom Markt aufgekauft würde, dann müssten die Supermarktketten bei den Verhandlungen sofort anders agieren, weil sie sonst Lieferengpässe befürchten müssten. Der Lebensmitteleinzelhandel müsste reagieren und müsste höhere Abschlüsse akzeptieren. Wenn wir das aber nicht anstreben, läuft es in die falsche Richtung.

Genauso müssen wir endlich die marktbeherrschende Stellung der Konzerne zurückdrängen. Wir haben über die Fusion von Tengelmann und Edeka diskutiert, die die CSU im Agrarausschuss abgelehnt hat, während sie ihr im Wirtschaftsausschuss zugestimmt hat. Der SPD-Wirtschaftsminister Gabriel hat daraufhin dieser Fusion trotz Warnungen der Kartellbehörde zugestimmt. Damit hat er eine noch größere Marktmacht der Konzerne geschaffen. So, wie es auch im Schachspiel ist, bei dem die Bauern als Erste verheizt werden, ist es derzeit auch bei dieser Agrarpolitik: Sie gestalten die Verhältnisse so, wie es für Sie passt, also nach dem Motto: billiger Rohstoff und Gewinne erwirtschaften. Die Bauern werden schon noch ein paar Jahre auf Kosten der Substanz wirtschaften, und wenn nicht, dann gibt es wieder Fördergelder, mit denen ein paar junge Bauern wieder große Ställe bauen und wieder in einen derartigen Wahnsinn hineingetrieben werden.

An dieser Stelle muss ich auf das Versagen des Agrarministers Schmidt hinweisen. Ich habe ihn in Neustadt an der Aisch erlebt. Das, was dieser Herr von sich gegeben hat, war ein Totalausfall. Dieser Mann ist ein Totalversager. Er ist ein Totengräber der bäuerlichen Milchwirtschaft in Bayern. Diesen Mann müssen Sie zurückpfeifen. Wenn dort Personen mit anderer Couleur sitzen würden, dann würde man in Bayern einen Bauernaufstand organisieren. Weil er ein Schwarzer ist, schaut man vielleicht ein biss-

chen durch die Finger. Dieser Agrarminister Schmidt in Berlin ist ein Totalversager und ein Totengräber der bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch mal: Runter mit der Menge auf EU-Ebene, Mengenreduzierung durch Entschädigung, eine Korrektur der Marktmacht zugunsten der Bauern und keine weitere Konzentration an dieser Stelle. Das sind unsere Forderungen an Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Aiwanger. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Schöffel. – Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Aiwanger, bereits vorhin sind auch von Ihnen konkretere Aussagen gefordert worden. Sie wollen Steuergelder nicht für Betriebe in der Krise einsetzen und nicht für entsprechende Programme, sondern für Entschädigungen, wenn nicht produziert wird. Ich möchte wissen:Was machen Sie, wenn der Markt wieder im Gleichgewicht ist? Wollen Sie eine Quote einführen? Wollen Sie dem Markt bis zur nächsten Krise freien Lauf lassen? Wollen Sie dann wieder solche Aktionen starten?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Genau so. Wenn es brennt, kommt die Feuerwehr. Wenn der Brand gelöscht ist, kann die Feuerwehr wieder heimgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Vorhin haben wir bereits aufgeschlüsselt bekommen, wo das Geld aus Ihrem 100-Millionen-Euro-Programm ankommt. Selbstverständlich akzeptiere ich diesen Mitnahmeeffekt. Wenn Geld da ist, um Sozialversicherungsbeiträge zu senken – okay. Das reicht aber nicht. Wir müssen mit vorhandenem Geld an einem Hebel ansetzen, der einen größeren Effekt hervorruft. Der Effekt ist dann größer, wenn dem Markt signalisiert

wird, dass die Politik an der Seite der Produzenten steht. Liebe Aldis, Lidls & Co., wir dulden nicht, dass ihr denen für 20 Cent die Milch abpresst. Wir steigen ein und kaufen von der EU-Milchmenge in Höhe von 150 Millionen Tonnen für 500 Millionen Euro ein paar Prozent raus. Dann werden bei diesen Herrschaften die Alarmglocken klingeln. Sie werden bessere Verträge abschließen. Die Situation wird besser werden. Vielleicht werden bis dahin die Sanktionen gegen Russland gelockert. Wenn die Krise vorbei ist, wird man dem Markt natürlich wieder freien Lauf lassen. Wenn wieder eine Krise kommt, wird man neu reingehen – ganz logisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. – Jetzt hat sich noch einmal Frau Kollegin Sengl zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich glaube, das System funktioniert ganz sicher nicht. Sicher sind die Steuerzahler nicht bereit, diese Schwankungen hinzunehmen, nach dem Motto: Wenn wir eine Krise haben, müssen wir wieder zahlen. Wenn wir keine Krise haben, zahlen wir nicht mehr. Das geht sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Steuergelder von der EU in Form von Zahlungen. Dort gibt es die erste Säule und die zweite Säule. Mit der zweiten Säule können wir sehr viele Umweltprogramme finanzieren. Wir setzen uns massiv für die Umschichtung ein. Wir sollten der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, anders zu produzieren, um sich andere Märkte zu erschließen. Es ist ein Hohn und zeugt von großem Marktversagen, wenn Biomilch aus Schweden eingeführt wird. Liebe Leute, es tut mir leid. Was soll das eigentlich? Rund 50 % der Biomilch, die deutschlandweit getrunken wird, wird in Bayern produziert. Wir könnten auch noch mehr produzieren. Dann müsste man vielleicht keine schwedische Biomilch mehr einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe nicht, warum sich alle dagegen wehren. Der Markt will es, und der Verbraucher will es. Der Markt soll doch bitte bedient werden. Dort ist die Wertschöpfung wesentlich höher und besser. Das ist einfach Fakt. Dort passt der Preis, obwohl er auch besser sein könnte. Jeder Biobauer könnte auch noch mehr haben. Im Grunde genommen passt da der Preis. Der Preis ist stabil. Der hohe Verkaufspreis schlägt sich auch in einem besseren Milchauszahlungspreis für die Bauern nieder. Das ist auch der Sinn des Ganzen. Ich verstehe nicht, warum bloß immer herumgedoktert wird. Man muss doch langfristige Möglichkeiten schaffen. So wie jetzt funktioniert es einfach nicht. Man sieht doch, dass sich das Ding irgendwann selber an die Wand fährt.

Es ist unsere politische Aufgabe, die Steuergelder, die wir zur Verfügung haben, so zu leiten, dass wir den Betrieben auf lange Sicht Möglichkeiten eröffnen. Wir sollten nicht kurzfristig irgendwelche finanziellen Pflaster drauf pappen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Abschließend hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Brunner das Wort.

(Staatsminister Helmut Brunner trinkt am Rednerpult einen Schluck Wasser)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, ich habe gehofft, dass heute hier anstelle des Wassers Milch stünde. Ich hätte sie gerne getrunken. – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir führen momentan eine leidenschaftliche Diskussion über die Landwirtschaft und insbesondere über die Milch. Gleichzeitig melken unsere Bauern ihre Kühe zurzeit mit viel Arbeit und Aufwand, aber vermutlich mit schlechter Stimmung, damit sie dieses gesunde und natürliche Produkt allen Milch- und Milchproduktliebhabern wie gewohnt zur Verfügung stellen können.

Ich freue mich auf der einen Seite, dass das Thema Landwirtschaft im Parlament wieder einen breiten Raum einnimmt. Der Grund hierfür besorgt mich jedoch, weil eine Produktkrise mit begleitender Preisabsenkung die Ursache ist. Zu Recht hat man vorhin davon gesprochen, dass wir bei verschiedenen Produkten eine besorgniserregende Preisentwicklung haben. Natürlich spielt die Milch in Bayern schon deswegen eine dominante Rolle, weil 32.000 von 108.000 Betrieben Milch erzeugen. Damit wird ein Viertel der Wertschöpfung in der Landwirtschaft über die Milch generiert. Gerade in den absoluten Grünlandstandorten in Bayern ist eine Bewirtschaftung unzweifelhaft nur mit einer Veredelung über den Tiermagen möglich. Meine Damen und Herren, deswegen haben wir nicht nur eine Krise in einer Branche, sondern im gesamten ländlichen Raum. Ich kann nur davor warnen, dass normale Strukturentwicklungen plötzlich in einen Strukturbruch münden. Ich bin überzeugt, die Attraktivität und Vitalität der ländlichen Räume würden nachhaltig darunter leiden. Alles, was wir im LEP festgeschrieben haben – möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Bayerns –, würde Makulatur. Ich fürchte sogar, dass die Landflucht zunehmen würde. Der demografische Wandel würde sich verschärfen. Deswegen blicke ich sorgenvoll in die Zukunft. Wir müssen in der Tat alles tun, damit diese Krise nicht nur vorübergehend, sondern nachhaltig am besten gelöst wird.

Oft habe ich in der Vergangenheit davon gesprochen, dass die Liquiditätsprogramme Brüssels oder auch die Hilfen im Sozialbereich des Bundes selbstverständlich willkommen sind. Wir müssen uns jedoch auch darüber klar sein, dass sie nur eine schmerzlindernde und keine heilende Wirkung haben. Deswegen müssen wir außer über Sofortprogramme auch über strukturelle Maßnahmen nachdenken. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich versuche mit einer Vielzahl von Initiativen und Gesprächen, das Problem an der Wurzel zu packen.

Ich muss auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Experten beim Thema Milch getäuscht haben. Man hat uns immer wieder vorgesagt: Das Auslaufen der Quote am 31.03.2015 wird eine sanfte Landung zur Folge haben. – Wir haben eine Bruchlan-

dung erlebt. Die Molkereiexperten haben mir noch im Herbst letzten Jahres versichert: Herr Minister, haben Sie Geduld. Seien Sie gelassen. Die Krise wird nie die Ausmaße von 2009 annehmen. Sie werden sehen, Mitte des Jahres 2016 werden die Preise wieder steigen. Beides ist nicht eingetroffen. Deswegen werde ich nicht nervös, aber konsequent. Wir können nicht einfach so tun, als würde sich der Markt selbst wieder entwickeln. Ich appelliere an alle: Wir müssen in der Tat alle denkbaren Möglichkeiten in Erwägung ziehen, um das Marktgleichgewicht möglichst rasch wieder herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich betone auch, dass wir nicht in einer liberalen Marktwirtschaft leben. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Aus diesem Grund habe ich schon vor Jahren ein funktionierendes Sicherheitsnetz angemahnt.Ich habe den Runden Tisch im bayerischen Landwirtschaftsministerium schon zu Zeiten eingerichtet, als die Milchpreise noch in Ordnung waren, weil ich befürchtet habe, dass wir wieder schwierige Zeiten bekommen werden. Ich haben den Bauernverband, den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, die Privatmolkereien, die Genossenschaftsmolkereien, die Milchverbände, und alle, die Kompetenzen haben, an einen Tisch gebeten. Wir haben mehrmals getagt. Wir haben ausländische Experten zu Gesprächen eingeladen. Wir haben auch mit dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Herrn Mundt, gesprochen. Sie sollen nur erkennen, dass wir uns nicht nur umfassend informiert haben, sondern dass wir auch überlegt haben, was wir von Bayern aus anstoßen können, damit wir gerüstet sind, wenn der Markt wieder schwächelt.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in den letzten Monaten nicht nur mit der Kommission in Brüssel gesprochen und Veranstaltungen initiiert. Ich habe auch mit dem Lebensmitteleinzelhandel Gespräche geführt, mit Rewe, mit Lidl oder mit Edeka. Ich habe die Molkereidirektoren zu mir ins Haus geladen und auch versucht abzustecken, was möglich ist, um den Markt

tatsächlich wieder in die Spur zu bringen. Ich muss auch gestehen, dass selbst in den letzten Wochen viele das Ausmaß der Krise nicht wahrhaben wollten. Ich glaube, dass wir auch in Brüssel zunehmend Gehör finden. Unter anderem fordere ich seit Langem bereits eine Erhöhung der Interventionspreise. Man hat es nicht getan. Jetzt ist es zu spät, weil bereits für 21 Cent Magermilchpulver eingeliefert wird. Übrigens wird in der Zwischenzeit die 3,2-fache Menge dessen eingeliefert, was ursprünglich erlaubt war. Ich habe auch gefordert, dass die Interventionszeiträume nicht zeitlich beschränkt, sondern dass Interventionen über das ganze Jahr ermöglicht werden. Inzwischen hat man das in Brüssel akzeptiert. Ich habe aber auch gefordert, man solle die Menge entlasten, indem wir spontan und unangekündigt Mengen herauskaufen, um sie vorübergehend vielleicht auch Krisengebieten, wo Hungersnot herrscht, zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, niemand kennt das Patentrezept schlechthin. Viele Mosaiksteine ergeben aber auch ein sinnvolles Bild. Es hätte in der Vergangenheit schon Möglichkeiten gegeben, rechtzeitig gegenzusteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Beifall von der linken Seite!)

Leider haben viele gehofft, dass sich der Markt wieder selbst reguliert. Auf der einen Seite stellen wir eine Nachfrageschwäche fest. Sie kennen die Stichworte: Russlandembargo, China und vieles andere mehr. Gleichzeitig haben wir aber nach Auslaufen der Quote einen Anstieg der Menge. Der ist nicht in erster Linie durch Australien, USA oder Neuseeland verschuldet, sondern durch die EU. So ehrlich müssen wir miteinander sein. Es gab viele Länder und viele Bauern, die den gefallenen Preis mit mehr Menge kompensieren wollten. In einzelnen Betrieben kann das durchaus sinnvoll sein. Volkswirtschaftlich wirkt es sich aber auf Dauer fatal aus. Angebot und Menge kommen dadurch noch mehr ins Trudeln und stimmen nicht mehr überein. Darauf müssen wir reagieren.

Im Übrigen ist die Größe nicht die Lösung des Problems, sonst hätten momentan die großen Betriebe im Osten mit 500, 800 oder 1.000 Kühen im Stall nicht noch größere existenzielle Sorgen. Immer wieder höre ich, dass Betriebe mit 500 Kühen einfach aufgeben, weil sie 10 oder 12 Landarbeiter nicht mehr bezahlen und ihren Bankverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Wer also glaubt, Bayern bräuchte nur einen schnelleren Strukturwandel, um seine Milchbranche konkurrenzfähiger zu machen, der täuscht sich. Die momentane Krise beweist es eindeutig.

Worum geht es jetzt? – Auf der einen Seite müssen wir mit sofort wirksamen Maßnahmen die Zahlungsfähigkeit vieler unserer Betriebe aufrechterhalten. Da sind Entlastungen bei den Sozialabgaben und Liquiditätshilfen selbstverständlich hilfreich, auch wenn staatliche Hilfen immer nur vorübergehend und in einem bestimmten Umfang wirken. Wenn wir jetzt je nach Molkerei einen Preisverlust zwischen 10 und 12 Cent haben, bedeutet das allein für Bayern einen Kaufkraftverlust von rund einer Milliarde in einem Jahr. So viele Förderprogramme können wir nicht auflegen, weil die nicht finanzierbar sind. Wir müssen auch sehr verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Und was sagt Herr Schmidt dazu?)

Im Übrigen glaube ich auch, dass viele Landwirte in erster Linie den Wunsch haben, Perspektiven für die Zukunft zu bekommen. Alles andere wird selbstverständlich gerne angenommen. Die Breitenwirkung und die Nachhaltigkeit sind aber nicht gegeben.

Natürlich werden wir in Bayern im Rahmen der Haushaltsverhandlungen alles tun, damit die bewährten Förderprogramme EIF, KULAP oder Ausgleichszulage nicht nur auf hohem Niveau weitergeführt werden, sondern damit wir unsere Möglichkeiten den Anforderungen entsprechend ausrichten können. Ich fordere vom Bund, dass er alle Möglichkeiten des Steuerrechts nutzt, aber nicht, um den betroffenen Betrieben sofort helfen zu können, sondern um die Weichen mittelfristig richtig zu stellen. Dabei ist eine steuerfreie Risikorücklage schon sinnvoll, weil die Bauern damit in guten Jahren steu-

erunschädlich Geld zur Seite legen können, um sich in schwierigen Zeiten selber helfen zu können. Auch eine von zwei Jahren auf vier Jahre ausgedehnte Steuerglättung macht Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn wir es dann schaffen, dass die Erhöhung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung nicht nur für 2016, sondern auch für die nächsten Jahre garantiert wird, ist das im Interesse auch aller anderen Betriebe wie Schweine haltender oder Getreide erzeugender Betriebe, weil auch die in den Genuss dieser Leistung kämen. Wir dürfen jetzt aber Brüssel nicht aus der Verantwortung lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Brüssel hat nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Kompetenzen. Es gibt keinen anderen Politikbereich, der so vergemeinschaftet ist wie die Agrarpolitik. Nachdem die Milchbauern alleine im letzten Jahr über die Superabgabe 850 Millionen gezahlt haben, bin ich zunächst schon davon ausgegangen, dass dieses Geld den Milchbauern in einer Krisensituation wieder zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Leider wurden jetzt aber nur 420 Millionen bereitgestellt. Deswegen fordere ich nicht nur eine Aufstockung, sondern eine weitere Milliarde, um schnell helfen, die Zahlungsfähigkeit sicherstellen und die Maßnahmen, die ich vorhin genannt habe, finanzieren zu können.

Dann nehme ich aber auch die Branche selbst in die Verantwortung. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Deswegen haben wir auf der Agrarministerkonferenz einen einstimmigen Beschluss gefasst, an dem sechs grüne, fünf rote und die restlichen schwarzen Minister mitgewirkt haben. In diesem Beschluss haben wir gefordert: Die Branche soll sich zusammensetzen und sich in einer Zeit, in der wir wesentlich mehr liefern, als wir

vernünftig verwerten und wertschöpfend absetzen können, über Preis, Laufzeit und Menge einigen. Ein Beispiel dafür: Ein Landwirt hat im letzten Jahr 300.000 Kilogramm Milch geliefert, und die Molkerei weiß sicherlich für ein halbes Jahr im Voraus, wie sie die Mengen absetzen kann, weil sie schon Verträge geschlossen hat.Dann kann man ihm sagen, du bekommst jetzt 28 Cent. Wenn der Landwirt aber 350.000 Kilogramm liefert, dann kann er für die restlichen 50.000 Kilogramm nur die echten Markterlöse bezahlt bekommen. Für den Rest bekommt er vielleicht nur 20 Cent. Ich denke, das wäre Marktwirtschaft im sozialen Sinne.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt einen einheitlichen Milchpreis. Derjenige, der im letzten Jahr nicht mehr produziert hat, bekommt keinen Cent mehr als derjenige, der um 30 % erhöht hat. Man muss also auch an die Eigenverantwortung appellieren. Wir haben in der Tat der Branche, den Erzeugern und den Verarbeitern die Chance gegeben, sich bis zum nächsten Agrarministergipfel Anfang September zu verständigen. Sollte das aber keine Wirkung zeigen – und es hat den Anschein, dass es das nicht tut –, sind wir mit dem Bund darin einig, dass das Agrarmarktstrukturgesetz geändert wird. Dann werden wir in Brüssel die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um auch die Genossenschaften mit in die Pflicht nehmen zu können. Dann werden auch sie letzten Endes verpflichtet, die bestehenden Verträge zu ändern. Das heißt im Sinne der Eigenverantwortung auch, sich über Menge, Preis und Laufzeit zu verständigen.

Die Agrarministerkonferenz hat in der Tat schon beschlossen, sollte das alles keine Früchte tragen, die Bundesregierung aufzufordern, sich in Brüssel Verbündete zu suchen, um dann eine obligatorische Mengengestaltung, die zeitlich beschränkt ist, einzuführen, damit letzten Endes die Marktwirtschaft wieder eine Chance hat.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, so haben wir einen Zeit- und Stufenplan diskutiert, der übrigens nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in Frankreich aktuell ist. Ich glaube, nur so können wir unseren 32.000 Milchviehbetrieben in Bayern wieder glaubwürdige Perspektiven für die Zukunft eröffnen. Ich habe nicht nur mit den Verarbeitern, den Direktoren und mit dem Einzelhandel gesprochen. Ich fahre fast täglich hinaus und unterhalte mich mit den Milcherzeugern. Meine Damen und Herren, ich kenne sehr wohl deren Probleme und Sorgen und die Erwartungen. Jeder vernünftige Milcherzeuger weiß, dass der Staat weder den Preis noch in Krisenzeiten den Preisverfall voll umfänglich kompensieren oder finanzieren kann. Das erwarten sie auch gar nicht von uns. Wir müssen die Strukturen aber in der Tat so gestalten, dass wir den Erwartungen und den Ansprüchen genügen. Letzten Endes brauchen wir eine Lösung auf EU-Ebene.

(Beifall bei der CSU)

Das kann weder Bayern noch Deutschland leisten. Wir brauchen die gesamte EU. Ich fordere aber, dass Deutschland gerade bei diesem Punkt eine Führungsrolle übernimmt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schmidt muss was tun!)

Wir erzeugen ein Fünftel der europäischen Milch. Wir sind das Milchland schlechthin. Deshalb sind wir auch entsprechend stark betroffen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, fühle ich mich auch oder vielleicht gerade in Krisenzeiten in meiner Politik und meiner Philosophie, den bayerischen Weg weiterzuentwickeln, bestätigt. Ich will nicht auf die Hektarzahlen und die Produktionseinheiten setzen. Nicht die Hektarzahlen dürfen über die Entwicklungsfähigkeit von Betrieben entscheiden, sondern die Qualifikation unserer Betriebsleiterehepaare muss entscheiden. Wir müssen alles tun, damit möglichst viele bäuerliche Existenzen erhalten blei-

ben. Nur dann wird die flächendeckende Landbewirtschaftung als Sinnbild bayerischer Agrarwirtschaft auch in Zukunft gewährleistet sein. Ich bekenne mich zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden, bodengebundenen Landbewirtschaftung. Wir müssen uns mit unserem bayerischen Weg auch von anderen unterscheiden. Anstelle von Masse müssen wir auf Qualität setzen. Wir brauchen Premiumprodukte, Spezialitäten, höhere Verarbeitungs- und Veredelungsquoten, um Nischen zu besetzen. Das brauchen wir, um auch dem Bürger entgegenzukommen, der von unseren Landwirten auch eine besondere Qualität erwartet. Die Trends "Regionalität" und "Bio" beweisen die Richtigkeit unserer Politik.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, dass die Milchbauern das Herzstück der bayerischen Agrarwirtschaft sind. Sie sind es, weil sie eine Breitenwirkung haben, aber auch deswegen, weil sie so bedeutungsvoll sind und die Garantie dafür bieten, dass viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum aufrechterhalten werden können. Damit sind sie nicht nur eine wichtige wirtschaftliche Säule, sondern unsere Bauernfamilien in den ländlichen Räumen sind auch ein wichtiger Eckpfeiler unserer sozialen Netzwerke.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir möglichst rasch wirksame Maßnahmen auf europäischer Ebene beschließen können. Dann werden wir bei nächster Gelegenheit hoffentlich wieder aus einem angenehmeren Anlass über die Agrarpolitik reden.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Wir haben jetzt noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst von Herrn Kollegen Arnold und dann von Frau Kollegin Sengl. Herr Arnold, bitte.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatsminister, ich habe Ihre Worte zur Kenntnis genommen. Ich sehe darin unsere Position stark wiedergegeben. Ich hoffe, dass der Applaus irgendwann zu den Ergebnissen führt, die Sie als erfreulich bezeichnen.

Nun zurück zum Thema. Sie haben es angesprochen: Milch, Runde Tische für Milch, Politik für die, die Milch erzeugen. Sie haben selbst mitbekommen, dass der Bundeslandwirtschaftsminister einen Krisengipfel dazu einberufen hat. Finden Sie es zielführend, dass bei diesem Krisengipfel nur der Bauernverband und der milchproduzierende Sektor eingeladen war? Wäre es denn nicht angebracht gewesen, den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter – BDM – und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL – einzuladen und vor allem – darauf kommt es mir als Landespolitiker besonders an – die Agrarminister an diesem wichtigen Gipfel teilhaben zu lassen? Haben Sie das akzeptiert? Haben Sie es kritisiert? – Ich habe vernommen, dass der Bundeslandwirtschaftsminister am Montag bei Ihnen in der Ministerrunde war. Haben Sie ihm mitgeteilt, dass Ihnen das nicht gefällt? Haben Sie ihm Best-practice-Beispiele genannt, wie man es macht, einen Runden Tisch mit allen zu organisieren, um die politischen Dinge im Griff zu haben?

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Kollege Arnold – –

(Beifall bei der SPD)

– So viel Zeit muss sein, wenn Sie klatschen möchten.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe bei Ihnen auch geklatscht, Herr Minister!)

– Ja, ich bin ja geduldig. – Herr Kollege Arnold, ich kenne die Intention des Milchgipfels in Berlin nicht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bundeslandwirtschaftsminister wird sich Gedanken gemacht haben, warum er welche Verbände geladen hat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das hoffen wir doch!)

Ich kann Ihnen nur so viel versichern: Die Agrarminister sind für nächste Woche, am 7. Juni, zu einer Besprechung nach Berlin geladen. Ich denke, es macht auch Sinn, dass die Agrarminister unter sich das Ergebnis des Milchgipfels erörtern, bewerten und analysieren. Ich möchte auch daran erinnern, dass wir nächste Woche, am 6. Juni, in der Staatskanzlei ein Verbändegespräch mit verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen haben. Da wird unter anderem neben dem Bauernverband auch der BDM dabei sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Dann kommen wir zur Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sengl. Bitte sehr.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Man sieht, ein bisschen grotesk ist die ganze Situation schon. Man muss fast sagen, Staatsminister Brunner wäre als Bundeslandwirtschaftsminister in dieser Situation sinnvoller.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und der SPD – Zurufe von der CSU: Hey, hey!)

Anscheinend braucht euer Landwirtschaftsminister aus der eigenen Partei sehr viel Nachhilfe, um zu kapieren, um was es in dieser Krise überhaupt geht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann dürfte aber der Minister Brunner nicht sagen, was er hier gesagt hat, wenn er Bundeslandwirtschaftsminister wäre!)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Wir sollten diese schwierige Zeit in der Landwirtschaft nicht für taktische Spielchen nützen und dafür, Keile in die Regierung zu treiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wird aber gemacht!)

– Nein. Selbstverständlich bin ich ständig mit dem Bundeslandwirtschaftsminister in Kontakt. Ich sage auch meine persönliche Meinung und stelle die Situation in Bayern

dar. Ich sage auch, was aus meiner Sicht nötig wäre. Er ist aber für ganz Deutschland zuständig und hat selbstverständlich auch die Strukturen der anderen Bundesländer im Kopf. Er muss dann auch unsere Position in Brüssel durchsetzen.

Sie alle wissen, die Kunst des Regierens und der Politik besteht auch darin, sinnvolle Kompromisse zu erzielen. Das ist nicht immer einfach. Ich habe festgestellt, dass die gesamte Landtagsfraktion diese Position teilt. Wir haben am Montag in der Kabinettssitzung große Geschlossenheit ohne Einschränkung gespürt. Wir wissen sehr wohl, was zu tun und was möglich ist, meine Damen und Herren. Es nützt nichts, Dinge zu versprechen, die letztendlich nicht realisiert und finanziert werden können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir kommen zunächst zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11587. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer hierzu seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen, bitte. – CSU und FREIE WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11588, das ist der Antrag der CSU-Fraktion: Ich bitte, Zustimmung anzuzeigen. – CSU, SPD. Gegenstimmen, bitte. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11590, das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER: Ich bitte, Zustimmung anzuzeigen. – FREIE WÄHLER, SPD. Die Gegenstimmen, bitte! – CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Und schließlich zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11593, das ist der Antrag der SPD-Fraktion: Ich bitte, Zustimmung anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – CSU. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich glaube, damit haben wir alle Variationen durch. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.